„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1855—1857 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1855 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Der Fehlschlag in London

Der canadische Premier R. B. Bennett kehrt mit leeren Händen von der britischen Reichskonferenz in London zurück. Ist die Konferenz an sich schon mißglückt, soweit die Neuregelung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den verschiedenen Teilen des Reiches in Frage kommt, so muß doch der klägliche Fehlschlag der Bennett'schen Politik als ein ganz besonderer Fall gewertet werden, Canada und namentlich der canadische Farmer setzte große Hoffnungen auf die Reichskonferenz, von der man sich eine Ankurbelung und Neubelebung des Warenaustausches zwischen Canada und dem „Mutterland" versprach. Man erwartete, daß Großbritannien sich wenigstens dazu bereit erklären würde, eine größere Weizenmenge von Canada abzunehmen. Doch die Grundfrage unseres canadischen Wirtschaftslebens, die Weizenvermarktung, ist heute ebenso weit, wenn nicht noch weiter von einer Lösung entfernt als zu Beginn der Reichskonferenz.

Man gewinnt den Eindruck, daß Bennett von Anfang an eine ganz verkehrte Taktik eingeschlagen hat. Er glaubte vielleicht noch, wie es im letzten Dominionwahlkampf von konservativer Seite mit Pauken- und Trompetenschall verkündet worden war, er könne sich „einen Weg sprengen", könne durch energisches Auftreten die anderen dazu bewegen, die Handelsbeziehungen zu Gunsten Canadas wieder reger zu gestalten. Bennett bedachte wohl nicht, daß Canada als ein ausgesprochenes Ausfuhrland, als Verkäufer eines großen Weizenvorrats auf den guten Willen des Käufers angewiesen ist, zumal in einer Zeit, da das Ueberangebot auf dem Weltgetreidemarkt dem Käufer eine günstige Gelegenheit zur Auswahl nach den niedrigsten Preisen bietet. Auf der anderen Seite kann Canada mit seinen nur zehn Millionen Einwohnern, deren Konsumkraft zudem durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise stark geschwächt ist, einem Industriestaat wie Großbritannien nicht die nämlichen Absatzmöglichkeiten für Industrieprodukte gewähren wie ein volkreiches oder dichtbesiedeltes Land. Ein Politiker an verantwortlicher Stelle, der diesen Umstand außer Acht läßt, muß grobe Fehler begehen, weil er die Bedeutung seines eigenen Landes überschätzt und die Machtstellung des Verhandlungspartners, des Käufers, unterschätzt.

Die Erfolglosigkeit Bennetts in London ist eine bittere Enttäuschung nicht nur für die Farmer deren Wohl und Wehe in den Händen des canadischen Premiers lag und liegt, sondern wahrscheinlich auch für seine eigenen Parteifreunde. Kann oder will der britische Markt nicht mehr canadischen Weizen aufnehmen, so wird es die Pflicht der Dominionregierung sein, durch Handelsabmachungen mit anderen europäischen Ländern einen Ausweg für unser Getreide zu finden. Selbstverständlich kann aber Bennett nicht erwarten, daß Frankreich, Deutschland usw. sich die Einfuhr nach Canada durch hohe Zölle abdrosseln lassen und doch zu guten Kunden Canadas werden. Nur auf dem Prinzip des Gebens und Nehmens, der absoluten Gegenseitigkeit, kann der Handel Canadas aufgebaut werden. Jeder Versuch aber, dem anderen Lande die canadische Zoll- und Handelspolitik aufdrängen und es zum Abnehmen der canadischen Produkte gewissermaßen zwingen zu wollen, muß an entschiedenen Widerstand jeder selbstbewußten Nation kläglich scheitern.

Nach der britischen Reichskonferenz

Die britische Reichskonferenz hat vor ihrer endgültigen Vertagung beschlossen, daß die Arbeiten an der Militär-Flugzeugstation im Zusammenhang mit den neuen großen Dockanlagen in Singapore durchgeführt werden sollen. Dagegen wird der Marineplan für den vergrößerten Flottenstützpunkt in Singapore auf fünf Jahre hinausgeschoben. Bei der geplanten Fortsetzung der bisherigen Arbeiten an dem sogenannten Jackson-Kontrakt handelt es sich um Ausgaben in runder Summe von $38,000,000 für die Dockanlagen, die auch Handelsschiffen und Passagierdampfern zur Verfügung stehen werden. Das große schwimmende Dock, gebaut in England und nach Singapore gebracht, ist bereits seit einiger Zeit in Benutzung.

Die Malayischen Staaten haben zu den Kosten für den Flottenstützpunkt $10,000,000 beigesteuert, Neuseeland $5,000,000 und Hongkong $1,250,000. Ein großer Teil dieser Beträge ist bereits verausgabt. Die südlichen Dominions und die Malayischen Staaten haben sich damit zufrieden gegeben, daß wenigstens keine nötige Einstellung der Bauarbeiten an dem Singapore-Flottenstützpunkt erfolgen wird. Die Gesamtausgaben für den Stützpunkt werden auf $43,000,000 berechnet, und hiervon waren bis Juli dieses Jahres $12,500,000 verausgabt, wie von dem ersten Lord der Admiralität vor etlichen Monaten im Unterhaus erklärt wurde.

Ein weiteres Ergebnis der britischen Reichskonferenz war die Stärkung der Stellung der britischen Dominions als selbständige Einheiten, doch mißlangen alle Versuche, die großen Handels- und Wirtschaftsprobleme des Britenreiches zu lösen. In Wirtschaftsfragen hatten die Dominions den Standpunkt eingenommen, daß jedes seine eigenen Interessen wahrnehmen solle. In Bezug auf Verfassungsfragen bekräftigte die Konferenz die Stellung der Dominions als selbständige Einheiten mit ungeteilter Loyalität zum britischen Thron und König. Alle Beschlüsse gingen in Richtung auf die Entwicklung des Reichs zu einem britischen Völkerbund.

Von dem indischen Wortführer wurde in der Schlußsitzung noch betont, daß ganz Indien dem Zeitpunkt eines vollen Dominion-Status für Indien entgegensehe.

In Schlußansprachen wurde von den Dominion-Premiers Enttäuschung darüber ausgesprochen, daß etliche der vorliegenden wichtigen Probleme keine befriedigende Lösung gefunden hätten. Premier Bennett von Canada lud die Dominion-Vertreter zu einer Wirtschaftskonferenz in der canadischen Hauptstadt Ottawa im nächsten Jahre ein.

Rear-Admiral Mark Kerr, der hervorragende britische Marineveteran, hat in einer Ansprache hervorgehoben, daß Großbritannien 80,000 Meilen Seewege besitzt, die zu schützen eine Hauptaufgabe sei. Mit Betonung fügte er hinzu: „Wir haben nur ausreichende Lebensmittelvorräte für die Bevölkerung des Landes auf die Dauer von 7 Wochen. Die eigenen Lebensmittel genügen nur für eine Woche. Dies bedeutet, falls unsere Seewege abgeschnitten werden, sind wir innerhalb 2 Monaten am Verhungern."

Unterdrückung der deutschen Minderheit in Polen

Die Vorgänge in Polen lenken wieder einmal die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf dieses Land, dem es noch immer nicht gelungen ist, in ein erträgliches Verhältnis zu seinen zahlreichen Minderheiten zu gelangen. Nicht weniger als 40 Prozent der Bevölkerung des heutigen Polens gehören den nationalen Minderheiten an, unter denen trotz schärfster Unterdrückungspolitik die deutsche Minderheit, wenn auch nicht zahlenmäßig, immer noch die erste Stelle einnimmt. Während des polnischen Wahlkampfes wurde nun die deutsche Minderheit trotz der vom Völkerbund garantierten Minderheitenschutzverträge in den neupolnischen Landesteilen, Posen und Pommerellen aufs ärgste drangsaliert. Ja, sogar in Oberschlesien, wo das besondere Schutzrecht des Genfer Vertrages und die Kontrolle einer Völkerbundskommission vorhanden sind, scheut sich Polen nicht, ein unerhörtes Willkürregiment gegen die deutsche Minderheit zu entfalten. Zahlreiche Führer der deutschen Minderheit, darunter ein Kandidat für das polnische Parlament, dem Sejm, wurden verhaftet. Die deutsche Bevölkerung wurde ihres Wahlrechts beraubt, indem den deutschen Wahllisten Schwierigkeiten aller Art in den Weg gelegt wurden. Deutsche Zeitungen wurden beschlagnahmt, und die Druckerei des deutschen Hauptorgans in Posen geschlossen. Auf diese Weise wollte die Pilsudskiregierung sich eine Mehrheit im Parlament verschaffen. In Polen regiert die Allmacht der höheren Militärs und der Bürokratie. Die deutsche Minderheit ist von der Mitregierung vollständig ausgeschlossen. Die Deutschen sind in Polen Bürger zweiter Klasse. Die schlechte Behandlung der deutschen Minderheit durch Polen ist der Grund dafür, daß sich zwischen Deutschland und Polen ein freundnachbarliches Verhältnis nicht anbahnen läßt, und daß auch der deutsch-polnische Handelsvertrag, über den nun schon über zwei Jahre verhandelt wird, noch immer nicht zustande gekommen ist. Dadurch wird der Kredit Polens im Auslande genießt, aufs schwerste geschädigt.

Ein wichtiger Faktor des internationalen Handelsverkehrs

Die Weltruf genießende Leipziger Messe ist wohl eine der bedeutendsten Einrichtungen des Internationalen Handelsverkehrs. Die Leipziger Messe ist eine Mustermesse. Es findet also kein unmittelbarer Warenverkauf auf ihr statt, sondern die Bestellung von Waren erfolgt nach den auf der Messe ausgestellten Mustern. An der Leipziger Messe sind rund 10,000 Ausstellerfirmen beteiligt, unter ihnen zahlreiche ausländische. Sie ist also nicht nur eine Ausstellung deutscher Fabrikate, sondern ein internationaler Markt, der einen Ueberblick über den Warenkomplex der deutschen Produktion wie auch der eines Teiles des Auslandes gibt. Die Anzahl der Muster und Neuheiten auf jeder Messe geht hoch in die Hunderttausende.

Wie das Warenangebot, so ist auch die Einkäuferschaft auf der Leipziger Messe international zusammengesetzt. Unter den 180,000 geschäftlichen Besuchern der Leipziger Frühjahrsmesse 1930 befanden sich 32,420 ausländische Einkäufer, und zwar nicht nur solche aus den Deutschland benachbarten Staaten, sondern aus ganz Europa, Asien und den überseeischen Ländern.

Die Leitung und Förderung der Leipziger Messe obliegt dem Leipziger Meßamt, es unterhält an den führenden Handelsplätzen der ganzen Welt kaufmännische ehrenamtliche Vertretungen oder eigene Geschäftsstellen, die über alles, was sich auf die Leipziger Messe und ihren Besuch bezieht, Auskunft erteilen. Die nächste Leipziger Frühjahrsmesse 1931 beginnt am 1. März, die Leipziger Herbstmesse am 30. August.

Weltumschau

Weitere Stärkung der Brüning-Regierung. Das Kabinett Brüning ist in der Lage, eine weitere Errungenschaft verbuchen zu können: Nach beinahe herkulischer Arbeit während der letzten Wochen, nach andauernden Verhandlungen teils in der Reichshauptstadt, teils in den Hauptstädten der Gliedstaaten ist nun endlich der Finanzausgleich zwischen dem Reich und den Ländern zustande gekommen, durch den die Zuschüsse des Reiches an die einzelnen Länder endgültig geregelt und die ganze Finanzgebarung wesentlich vereinfacht wird. Durch diese Verständigung wurde auch der Reichsrat in den Stand gesetzt, das Reichsbudget für 1931, wie es vom Kabinett eingereicht worden war, gutzuheißen, so daß dieses nun dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt am 3. Dezember zugeleitet werden kann.

Die Verhandlungen im Reichsrat drehen sich weiter um das Sanierungsprogramm der Regierung mit seinem Abbau der Löhne bei gleichzeitiger horizontaler Senkung der Preise aller Bedarfsartikel, eine Bewegung, die bereits mit dem Spruch der Schlichtungskammer im Metallarbeiter-Lohnzwist eingesetzt hat. Die Zustimmung des Reichsrats zu dem Regierungsprogramm ist von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit für die Weiterentwicklung des Planes. Nur mit einer solchen Zustimmung würde der Reichskanzler später imstande sein, den zu treffenden Maßnahmen, falls der Reichstag versagen sollte, durch Anwendung von Artikel 48 der Weimarer Verfassung in verfassungsmäßiger Weise Gesetzeskraft zu geben.

Inzwischen gehen die Verhandlungen mit den einzelnen Fraktionen weiter und es wird gehofft, daß es gelingen wird, die Sozialisten formell für die Regierung zu gewinnen, so daß diese bei Wiederzusammentritt des Reichstages mit einer hinreichend gestärkten Koalition in die Budget-Verhandlungen und die Diskussion über den Sanierungsplan Brüning-Dietrich eintreten könnte.

Nazi-Erfolge bei Gemeindewahlen. Hitlers Nationalsozialisten gewannen bei Gemeindewahlen beträchtliche Erfolge. In Danzig z. B., daß genau vor 10 Jahren durch die Alliierten von Deutschland losgetrennt wurde, vereinigten sie 34,000 Stimmen auf sich, im Vergleich zu 2,130 Stimmen im Jahre 1927. Die Kommunisten hatten ebenfalls einen Zuwachs von mehr als 100 Prozent zu verzeichnen. Die Sozialisten dagegen konnten nur 54,000 im Vergleich zu 61,000 Stimmen bei der letzten Wahl auf sich vereinigen.

In Baden war die Zunahme der „Faschisten" beinahe noch stärker. In Karlsruhe gewannen sie 28 Sitze, während sie vorher überhaupt keine inne hatten, und in Kehl erzielten sie 21 Sitze. In beiden Städten sind sie jetzt die führende Partei, während die Sozialisten die zweite Stelle einnehmen. In Freiburg gewannen sie 14, in Konstanz 11 und in Lörrach 8 Sitze. Die übrigen Ergebnisse in Baden sind ähnlich.

Auch in Mecklenburg machten die „Faschisten" starke Gewinne. In Neubrandenburg gewannen sie 8 und in Rostock 12 Sitze. In beiden Städten gewannen auch die Kommunisten eine Anzahl Mandate. Die Sozialisten dagegen waren die Leidtragenden.

Graf Bernstorff für Rüstungsgleichheit. Graf von Bernstorff, der Hauptdelegat Deutschlands, ergriff bei der Abrüstungs-Vorbesprechung mehrfach das Wort und stellte über jeden Zweifel erhaben klar, daß Deutschland die Rüstungen der militaristischen Länder auf das niedrige Niveau herunterzubringen bestrebt ist, welches dem Deutschen Reich durch den Friedensvertrag von Versailles aufgezwungen worden ist. Er erklärte, er gedenke eine unzweideutige Abstimmung darüber durchzusetzen, ob eine direkte Einschränkung des Kriegsmaterials unter Aufzählung des gesamten bereits angehäuften Materials der Länder oder nur eine Beschneidung der Etatsbewilligungen für Neuanschaffungen von Kriegsmaterial erfolgen soll.

Graf Bernstorffs Forderung der Abrüstung der anderen Länder in dem Maßstab, wie dem Deutschen Reiche Entwaffnung auferlegt worden ist, brachte den Franzosen Rene Massigli zu einer Entgegnung auf die Beine. Er sagte, er habe, um die Kommission für Vorbesprechung der Abrüstung ihr Werk „im Geiste der Zusammenarbeit" beenden zu lassen, bisher davon Abstand genommen, auf des Grafen Bernstorff Bemerkungen über die „Gleichmäßigkeit der Verpflichtungen zur Abrüstung" einzugehen, aber, da Graf Bernstorff immer wieder darauf zurückkomme, halte er — Massigli — es nunmehr für geboten, mit Bernstorff eine „gründliche Auseinandersetzung" zu haben, bevor die Kommission zur Vorbesprechung der Abrüstung sich endgültig vertagen werde.

Pilsudski-Sieg bei polnischen Wahlen. Marschall Pilsudski, der heißsporne Führer Polens, ging aus den Parlamentswahlen als Sieger hervor, indem seine Anhänger von den 441 Parlamentssitzen 247 Sitze gewannen. Er hat somit die Kontrolle über das Haus, in dem er vor Auflösung des Reichstages im vergangenen August nur mit 118 Stimmen rechnen konnte. So groß auch sein Sieg sein mag, so brachte er ihm dennoch nicht eine Zweidrittel-Mehrheit oder 296 Stimmen, die er nötig hat, um eine Verfassungsänderung durchzusetzen. In Regierungskreisen herrscht indessen die Zuversicht, daß er in anderen Lagern genügend Unterstützung finden werde, um die benötigten Stimmen zusammenzubringen. Für Vorlagen, die mehr als die einfache Stimmenmehrheit erfordern, besitzt es halbamtlich, werden in den anderen Parteien sich genügend Anhänger finden, um eine aufbauende Arbeit sicher zu stellen.

Die amtlichen Wahlergebnisse sind: Anhänger Pilsudskis, 247; Radikale der Mitte, 82; Nationaldemokraten, 62; Ukrainer und Weiß-Russen, 21; christliche Demokraten, 13; Juden, 9; Deutsche, 5; Kommunisten, 5; in Summa, 444.

Allgemein gesagt, hatten die Anhänger von Pilsudski ihre größten Erfolge in Mittel- und Ost-Polen, die National-Demokraten im Westen und die Christlichen Demokraten im Südwesten. Am schlechtesten haben die Minderheiten abgeschnitten; sie hatten bei Auflösung des Reichstages 83 Sitze, nämlich 51 Ukrainer und Weiß-Russen; 13 Juden und 19 Deutsche, gegen 35 Sitze, die sie jetzt halten. Die Deutschen erlangten nur noch 5 Sitze. Aber auch die polnischen Gegner des Marschall Pilsudski ziehen bedeutend geschwächt ins Parlament, sie hatten im vorigen Reichstag 216 Sitze und brachten es bei den jetzigen Wahlen nur auf 157, darunter auch 5 Kommunisten.

Wahlunruhen in Polen. In Verbindung mit den polnischen Landtagswahlen ereigneten sich in Warschau zahlreiche Zusammenstöße, in deren Verlauf 61 Personen Schußverletzungen oder andere Verletzungen davontrugen. Führende Mitglieder der Oppositionsparteien, die den polnischen Machthabern unbequem waren, wurden noch in letzter Stunde des Wahlganges durch Verhaftung unschädlich gemacht.

In Posen erlitten fünf Universitätsstudenten schwere Verletzungen bei Zusammenstößen mit der Polizei während einer drohenden Demonstration vor dem Hauptquartier der Regierungspartei. Viele andere Teilnehmer an der Massenkundgebung wurden leicht verletzt. Die Studenten, Anhänger der Oppositionspartei der National-demokraten, unternahmen einen von der Polizei in Kämpfen unterdrückten Anschlag auf die Regierungsgesellen in Posen.

Die Angst vor dem Habsburger. Die Diplomaten der sogenannten Kleinen Entente pflegen Beratungen über Maßnahmen gegen die Wiederherstellung der habsburgischen Dynastie in Ungarn, wobei unter Umständen auch von der Anwendung von Waffengewalt nicht zurückgeschreckt werden soll. Die Berichte besagen sogar, daß zwischen Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Rumänien ein Abkommen über eine gemeinsame Aktion für den Fall der Thronerhebung des Erzherzogs Otto an oder nach seinem 18. Geburtstag am 20. November getroffen wurde. In einem solchen Falle haben die drei Mächte angeblich die Absicht, ihre Grenzen gegen Ungarn zu schließen und das Land dann vor dem Völkerbund, des Bruches eines internationalen Uebereinkommens zu zeihen. Die drei erwähnten Mächte sollen sich sogar entschlossen haben, im Falle der Wiederherstellung der habsburgischen Monarchie in Ungarn eine Mobilmachung ihrer Armeen durchzuführen. Berichten zufolge sollen die Mächte den Völkerbund, Frankreich, England und den Vatikan von ihren Plänen in Kenntnis gesetzt haben.

Von politischen Beobachtern werden jedoch Zweifel darüber gehegt, ob die ungarische Regierung irgend welche Absichten hat, die Dynastie sofort wieder ans Ruder gelangen zu lassen.

Europa wurde schon seit Monaten mit Berichten über die bevorstehende Wiederherstellung der Habsburger Dynastie in Ungarn überschwemmt. Erzherzog Otto, der mit seiner Mutter, die frühere Kaiserin Zita, und anderen Mitgliedern seiner Familie ursprünglich in Spanien wohnte, studierte nachher an der Universität Brüssel. Es besteht kein Geheimnis darüber, daß Zita eifrig für die Erhebung ihres Sohnes auf den ungarischen Thron eintritt; alle Berichte über einzelne Schritte in dieser Richtung stellten sich seither jedoch nur als unbewiesene Gerüchte heraus.

Briand verteidigt seine Politik. In der französischen Kammer griff der Außenminister Briand den Feldzug gegen seine politischen Widersacher auf und verteidigte die Chauvinisten, die ihn eine ganze Woche lang angegriffen hatten, mit einer glänzenden Rede ab, in welcher er seine Politik der Annäherung an und der Versöhnung mit Deutschland verteidigte.

„Zerreißen Sie den Locarno-Pakt, wenn Sie meine Art, die Dinge zu tun, mißbilligen", rief er dem Abgeordneten Marin zu, der kurz vorher seine Politik angegriffen hatte, „aber schließlich werden Sie doch auf die nämliche Politik in anderer Form zurückgreifen müssen. „Friedheit" verlangt Marin von mir? Ich glaube, der beste Dienst, den man jetzt seinem Lande erweisen kann, ist Wahrung von kaltem Blut."

Er habe stets gesagt, daß nach dem Kriege der Frieden auf zahllose Hindernisse stoßen würde. „Aber," fügte er unter großem Beifall hinzu, „das ist nur ein Grund mehr, den Frieden zu wahren."

Unter Anspielung auf Italien sagte er: „Die Leute sagen, daß der Frieden erschüttert ist, daß jede Unterstützung der Friedensstörung aus mehreren Richtungen kommen."

„Wenn Sie die Empfindung haben," rief er seinem Gegner Marin zu, „daß Ihr Außenminister nicht genug Festigkeit besitzt, um mit den Dingen, wie sie sind, fertig zu werden, dann entlassen Sie ihn doch!"

Ueber die übertriebene Bedeutung, welche man den Vorgängen in Deutschland vor und nach den Reichstagswahlen beigemessen habe, sprach Briand sein Bedauern aus. „Auch Deutschland hat seine bösartigen Nationalisten," sagte er, „aber dort gibt es eben auch andere Parteien — ebenso viele und ebenso verschieden geartete wie in jedem Lande."

Was das für Deutschland geforderte Moratorium der Reparationszahlungen betrifft, sagte Briand, der Young-Plan habe die einzige Art Moratorium vorgesehen, die zugestanden werden könne. Er sprach sich auch gegen die Revision der Friedensverträge aus.

Um eine gehässige Inschrift. Vor dem Ersten Appellationshof Belgiens wird ein erregter Streit um die von dem amerikanischen Architekten Whitney Warren entworfene Balustrade an der neuen Bibliothek der Universität Löwen ausgefochten. Rektor Ladeuze von der Löwen-Universität hatte Berufung eingeleitet, nachdem das dortige Gericht entschieden hatte, daß die Balustrade, welche die vielfach beanstandete Inschrift trägt: „Zerstört durch teutonische Wut, wiederaufgebaut durch amerikanische Wohltätigkeit", anzubringen sei. Von dem Rektor und zahlreichen gleichgesinnten Kreisen wurde geltend gemacht, jene Inschrift sei dazu angetan, Erinnerungen an den Krieg wachzuhalten, die am besten in Vergessenheit geraten sollten. Architekt Warren und andere aber, waren entgegengesetzter Ansicht. Von dieser Seite wurde hervorgehoben, der Balustrade-Plan mit der Inschrift sei schon vom verstorbenen Kardinal Mercier gebilligt worden.

In der Verhandlung vor dem Appellhof wurde von dem Rechtsanwalt Rotens, der die Sache des Universitäts-Rektors vertritt, dargelegt, es seien keine Beweise vorhanden, daß der Kardinal den Balustrade-Entwurf mit der Inschrift gutgeheißen habe. Die Beweisführung des Gegenteils sei Aufgabe der Warren-Gruppe. Der Anwalt erwähnte besonders die unrichtige Uebersetzung in der Inschrift in Befragung seiner Darlegung, daß der Kardinal die Inschrift nicht akzeptiert habe. Die Fassung der Inschrift hätte „Teutonico" mit einem C am Ende und nicht „Teutonica" lauten sollen.

MacDonalds Palästinapolitik. Ein feierliches Versprechen, daß die britische Regierung die Bestimmungen des Palästina-Mandates getreu ausführen werde, wurde im Unterhause von Premier MacDonald während einer Debatte abgegeben, in der das kürzliche Weißbuch der Regierung über die Palästinafrage von David Lloyd George und anderen scharf kritisiert wurde. Die Regierung werde alles tun, sagte MacDonald, „um die Harmonie zwischen Juden und Arabern inniger zu gestalten, damit der Araber auch fernerhin sich der Segnungen erfreuen kann, die er bereits aus der jüdischen Einwanderung und dem jüdischen Kapital erfahren hat, während der Jude Palästina immer mehr zu dem sich entwickeln sieht, was er anstrebt, ein nationales jüdisches Heim."

Ein neuer Entwicklungsplan für Palästina, der eine Ausgabe von $12,500,000 einschließt, wurde von Drummond Shiels, Unterstaatssekretär der Kolonien, im Unterhause angekündigt. Der Plan wird von der Regierung unterstützt, durch eine Anleihe finanziert und sieht eine Ansiedelung von Juden und Arabern auf dem Lande in einem Umfange von jährlich 10,000 Familien vor.

Irrsinnig und brutal

„Der Versailler Vertrag, der entworfen wurde, um Deutschland weiszubluten zu lassen, ist sowohl irrsinnig als auch brutal. Er saugt aus den Adern der deutschen Industrie und des deutschen Wohlstandes jährlich hunderte von Millionen Gold. Das bedeutet lange Stunden harter Arbeit für jeden einzelnen Deutschen, Mutlosigkeit für das Volk und für die einzelne Person. Keine Maschine wird das ertragen wollen, keine kann es.

„Wenn die in Versailles versammelten Alliierten, die von einem närrischen Individualismus geleitet wurden, nicht aber von wahren Vertretern der Vereinigten Staaten, absichtlich Deutschland zum Bolschewismus hätten treiben wollen, so hätten sie wirkungsvoller nicht handeln können.

„Es ist an der Zeit, diesen Irrsinn wieder gutzumachen, eben diesen Versailler Vertrag und die schwere und unmögliche Last, die man Deutschland aufgebürdet hat, ihm wieder abzunehmen. Wenn Deutschland erst einmal sich Rußland zuwendet und bolschewistischer Politik, ist es zu spät!"

Aus „Detroit Times" (U.S.A.) vom 20. Sept.

Deutsche Schriftstellerin und Frauenführerin gestorben

Berlin. — Dr. Käthe Schirmacher, die seit den neunziger Jahren stark hervorgetretene Mitführerin der Frauenbewegung in Deutschland, ist hier durch einen Herzschlag hingerafft worden. Sie war 65 Jahre alt.

Käthe Schirmacher erblickte am 6. Juli 1865 als Tochter eines Danziger Handelsherrn das Licht der Welt, besuchte in Danzig eine höhere Mädchenschule und ein Lehrerinnenseminar und studierte zuerst in Paris und dann in Zürich, wo sie ihr Staatsexamen bestand und sich den philosophischen Doktortitel erwarb, romanische Sprachen. Auf ihrem wissenschaftlichen Fachgebiet und als Frauenrechtlerin, welche Deutschland in den Jahren 1893 bis 1910 fast auf allen internationalen Kongressen für Frauenstimmrecht vertrat, hat sie eine lange Reihe von Büchern und Abhandlungen in deutscher und in französischer Sprache veröffentlicht.

Vor dem Weltkrieg richtete sie an das deutsche Ministerium des Aeußern warnende Denkschriften über die deutsche Einwanderung in Paris und über Deutschlands Vertretung im Ausland. In den Kriegsjahren veröffentlichte sie mit Begeisterung aufgenommene Schriften über die Dienstpflicht der deutschen Frauen und hielt Vorträge vor den deutschen Soldaten an der Front. Das Nachkriegselend schilderte sie in Schriften über „Die Geknechteten", „Unsere Ostmark" und „Grenzmarkgeist". Alle hervorragenden Zeitungen und Zeitschriften Deutschlands zählten Käthe Schirmacher zu ihren Mitarbeiterinnen.

Transatlantikflieger in Oesterreich verhaftet

Wien, Oesterreich. — Charles A. Levine, der erste Transatlantik-Flugpassagier, der seinerzeit mit Chamberlain nach Deutschland flog, wurde unter dem Verdacht der Geldfälschung in Semmering festgenommen. Er war gerade im Begriff, einen nach Venedig fahrenden Zug zu besteigen. Es wird behauptet, daß er einem Graveur große Summen für das Fälschen französischer Münzen geboten habe.

Wie die Polizei angibt, wurde Levine in Semmering, einem bekannten österreichischen Kurort, mehrere Tage lang überwacht. Er hatte sich dort mit einer Frau eingefunden. Nach seiner Verhaftung bestritt er ganz energisch, daß die Behauptungen des Graveurs der Wahrheit entsprechen.

Nach seinem Fluge war er 1927 mit dem höchsten österreichischen Orden ausgezeichnet worden.

Schweizer Berg bedroht Dorf.

Glarus, Schweiz. — Große Aufregung herrscht im Dorf Linthal angesichts der Tatsache, daß die eine Seite des Glärnischtod-Berges seit Jahresfrist sich in Bewegung gesetzt hat, die an Schnelligkeit zunimmt. Ein langsam einsetzender Landrutsch hat seine Bewegung verdoppelt, so daß nunmehr berechnet wird, daß eine Erdmasse von hunderttausend Kubikmeter sich dem Dorf in einem Maße von einem Zentimeter im Tag nähert.

Eine Telephonlinie ist errichtet worden, mittelst deren Beobachter von verschiedenen Punkten des Berges die Behörden über das Fortschreiten dieser Erdbewegung beständig auf dem Laufenden halten, daß gegebenen Falls eine Räumung des Dorfes rasch angeordnet und durchgeführt werden kann.

25 durch Wirbelsturm getötet

Oklahoma City, Okla. — Durch einen Wirbelsturm, der die Ortschaft Bethany, eine religiöse Ansiedlung von 2000 Einwohnern, heimsuchte, wurden 25 Personen getötet und 100 verletzt, 10 davon so schwer, daß mit ihrem Ableben gerechnet werden muß. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf mehr als $350,000.

Der Sturm setzte ganz unerwartet ein und zerstörte innerhalb weniger Augenblicke über 100 Geschäfts- und Wohnhäuser. In einem Schulhaus in der Nähe der Ortschaft wurden drei Kinder getötet, und nur die Geistesgegenwart der Lehrerin verhinderte eine größere Katastrophe. Sie befahl den Kindern, sich flach auf den Boden zu legen, wodurch sie dem Sturm eine kleinere Angriffsfläche boten. Die Gemeinde, war wegen der religiösen Ansichten ihrer Bewohner im Staate wohlbekannt. An Sonntagen war keinerlei geschäftliche Tätigkeit erlaubt, nicht einmal der Verkauf von Gasolin. Die Vorführung von Lichtbildern und der Verkauf von Zigaretten war überhaupt nicht gestattet.